



BAO FLÜCHTLINGE

„Polizeiliche Herausforderung ist mit keiner vergleichbar“

Heiko Hüttmann berichtet über „BAO Flüchtlinge“ – GdP kritisiert mangelnde Wertschätzung der Landesregierung für die Polizei

Westerrönfeld/tg – Die Arbeit der „BAO Flüchtlinge“ war Gegenstand einer Landesvorstandssitzung, in der Heiko Hüttmann in einem rund einstündigen Austausch den Landesvorstand um den Vorsitzenden Manfred Börner über die aktuelle Lage und den Sachstand in der BAO unterrichtete, sich aber auch zu den Perspektiven äußerte. Zum 1. Oktober war der Leiter der Polizeidirektion Lübeck nach Kiel gewechselt, um in der Leitung der BAO zu unterstützen. Gemeinsam mit Thomas Schettler ist Hüttmann einer von drei Leitenden Polizeidirektoren, die die BAO Flüchtlinge lenken.

Auftrag der BAO seien die Akquise und die Aufstellung von Landesunterkünften als Unterstützung für das Landesamt für Ausländerangelegenheiten, so Hüttmann. „Sie ist aber nicht für den Betrieb der Landesunterkünfte verantwortlich und auch nicht vorgesetzte Dienststelle für die dort eingerichteten Polizeistationen“, unterstrich er. Aber auch ohnedies sei die Herausforderung beträchtlich. Gleichzeitig gab der Leitende Polizeidirektor eine Übersicht der gegenwärtigen Liegenschaften und deren Belegzahlen, stellte die Herkunftsländer der Flüchtlinge dar. Letztlich stünde eine Zahl von fast 60 000 Flüchtlingen zu Buche, die bis zum Ende 2015 in Schleswig-Holstein unterzubringen seien. Hüttmann resümierte aus Polizeisicht: „Wir können stolz sein, was wir in der BAO auf die Beine gestellt haben“, konstatierte er. Mit Blick nach vorn stellte Hüttmann fest, dass die BAO absehbar bis auf Weiteres benötigt werde. Und für die Polizei wachse die polizeiliche Lage mit Blick auf Straftaten von Asylbewerbern und gegen Asylbewerber. Auch Ausschreitungen in größeren Unterkünften wie auch Demonstrationen und die Gefahr durch den islamistischen Terrorismus würden die Landespolizei weiter in besonderem Maße fordern. Und eine weitere schwierige

Aufgabe mit einem gesteigerten Konfliktpotenzial würde auf die Polizei zukommen, wenn diese im Rahmen der Amtshilfe zunehmend bei der Umsetzung von Abschiebungen herangezogen werde. Schwarzmalerei wollte Hüttmann nicht betreiben. Er gab jedoch zu bedenken: „Die Landespolizei hat schon viele Herausforderungen gemeistert, aber diese ist in Quantität und Qualität mit keiner vergleichbar“, so der Leitende Polizeidirektor.

Am Ende brachte Manfred Börner die GdP-Auffassung auf den Punkt. „Die Polizei muss sich sobald wie möglich aus der BAO zurückziehen, denn die vielen Kräfte werden bei ihren Dienststellen dringend benötigt“, sagte Börner unter Hinweis auf den zu dünnen Personalkörper bei der Landespolizei. Dennoch zeige die Landespolizei im Zusammenhang mit der Flüchtlingsdramatik, dass sich die Menschen in Schleswig-Holstein auf sie verlassen könnten. Das werde von der Landesregierung aus SPD, Die Grünen und den SSW außer



Der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner mit Heiko Hüttmann bei der anschließenden Diskussion.

mit öffentlichkeitswirksamen Lippenbekenntnissen nicht honoriert. So werde vom Stellenabbau nach wie vor nicht abgerückt. Als Dank werde die Landespolizei sogar noch als Ausdruck tiefen Misstrauens mit der Einführung eines von den Grünen geforderten Polizeibeauftragten „belohnt“. Oben drauf seien auch die Beförderungsperspektiven in



Der Leitende Polizeidirektor Heiko Hüttmann brachte dem Landesvorstand die „BAO Flüchtlinge“ näher. Fotos (2): Gründemann

der Polizei nach wie vor indiskutabel. „Dass ab sofort Polizisten im mittleren Dienst nach ihrer Ausbildung zum Polizeiobermeister ernannt werden, muss sich auch positiv auf die auswirken, die bereits seit Jahren hochmotiviert im Einsatzdienst das Gesicht der Landespolizei prägen und deren großes Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung erworben haben. „Sie haben es verdient, dass sich die Veränderungen bei der Einstellung auch positiv auf ihre Perspektiven auswirken. Alles andere wäre ungerecht und führt verständlicherweise schon jetzt zu großem Frust unter den Kolleginnen und Kollegen, die im Bereich der Inneren Sicherheit täglich die Kohlen aus dem Feuer holen“, so der GdP-Landesvorsitzende. Die erhöhte Zahl von Beförderungen zu Polizeihauptmeisterinnen und -hauptmeistern zum 1. Januar sei zwar ein Signal, letztlich aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Hier erwartet die GdP, dass es bereits zum nächsten Beförderungstermin am 1. Juli zu einer merklichen Zahl von Anhebungen im mittleren Polizeivollzugsdienst kommt. „Wir werden auch in Zukunft nicht nachlassen, in Gespräch mit den Regierungsverantwortlichen um Ministerpräsident Albig als auch der Opposition auf dieses Missverhältnis hinzuweisen und spürbare Verbesserungen einzufordern“, unterstrich Manfred Börner. **Thomas Gründemann**



„Landesregierung kann beweisen, dass sie Polizisten gesundheitsschonend entlastet“

Belastungskonferenz der GdP zeigt Wirkung

Kiel – Vor einigen Monaten hat Innenminister Studt in der Landespolizei eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung von Ideen zur Kompensation belastender Dienste eingesetzt. Nach Erkenntnissen der GdP befindet sich die AG auf der Zielgeraden, Zwischenergebnisse werden bekannt gegeben.

Demnach werden derzeit konkrete Modelle für einen vorgezogenen Ruhestandseintritt wegen belastender Dienste durchgerechnet – und das ohne Versorgungsabzüge.

Diese Möglichkeiten sollen wohl in unterschiedlicher Gewichtung für



Torsten Jäger

Foto: Gründemann

dienst auf eigenen Antrag soll das 60. Lebensjahr sein – also immerhin dann maximal zwei Jahre vor der gesetzlich geregelten Altersgrenze.

Weiterhin wird die Arbeitsgruppe nach GdP-Erkenntnissen Möglichkeiten und Folgen einer Wochenarbeitszeitreduzierung im Wechselschichtdienst beschreiben.

Diese könnten höchstwahrscheinlich erst ab einer bestimmten Stehzeit im Wechselschichtdienst greifen. Hier werde dann das Personaldefizit im Präsenzdienst zwingend zu kompensieren sein.

Die Richtungen, Diskussionen und Zwischenergebnisse in der Arbeitsgruppe weisen zum richtigen Ziel, so der Stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger.

Jäger erinnerte daran, dass die GdP in Schleswig-Holstein mit ihrer Mitgliederbefragung und der Belastungskonferenz im Herbst 2014 sehr deutlich auf die Belastungen gerade im Wechselschichtdienst und in anderen belastenden Dienstformen hingewie-

Fortsetzung auf Seite 3

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der

Ausgabe 2/2016:
XXX. Januar 2016



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:

Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

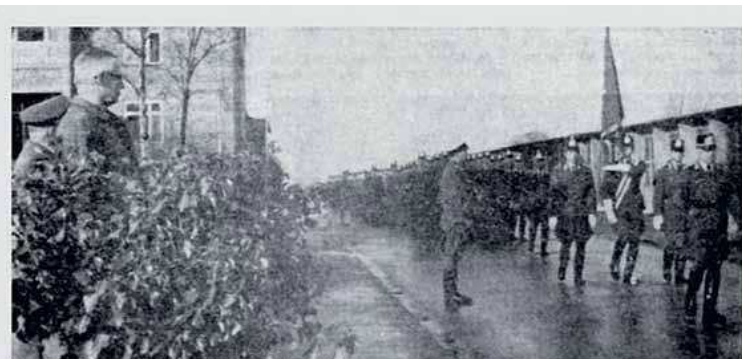
Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

RÜCKBLICK

In einer Dezemberausgabe des Ostholsteiner Anzeigers (Eutin) vor 50 Jahren wurde der nachfolgende Artikel veröffentlicht.



180 Polizeianwärter wurden gestern auf Hubertushöhe feierlich vereidigt. Sie schworen, Verfassung und Gesetze zu beachten und ihre Amtspflichten treu und gewissenhaft zu erfüllen. Auf die Bedeutung dieser feierlichen Verpflichtung wurden sie von Ministerialrat Laskowski, dem Leiter der Polizei-Abteilung im Innenministerium, hingewiesen. „Ihr Beruf erfordert Charakterstärke, Wissen und Selbstdisziplin“, rief er den jungen Polizeibeamten zu. Das Land erwarte von ihnen, daß sie ihr Bestes geben. Die Polizei müsse im Bewußtsein des Volkes wieder zum überall anerkannten Vertreter der Gemeinschaft werden. Dechant Federhenn und Pastor Rönck forderten die Beamten auf, ihren Dienst in erster Linie als Hilfe am Nächsten aufzufassen.



PD AFB

„Auch die Einsatzfähigkeit der PD AFB wird profitieren“

Bund stellt zusätzliche 6,5 Millionen für Bereitschaftspolizeien der Länder bereit

Eutin – Aufatmen bei der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und Bereitschaftspolizei und der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Nach monatelanger Ungewissheit überbrachte Jürgen Herdes die gute Nachricht: „Die Bereitschaftspolizeien der Länder erhalten vom Bund zusätzlich 6,5 Millionen Euro für Investitionen in die zum Teil veraltete Ausstattung“, zeigte sich Jürgen Herdes, Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei und Leiter der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit (BFE) in der 1. Einsatzhundertschaft, erleichtert. Die Bemühungen und Mahnungen der GdP auf Landes- und Bundesebene seien damit erfolgreich gewesen.

„Insbesondere für unseren Fahrzeugpark ist diese Finanzspritze sehr wichtig. Viele Einsatzfahrzeuge sind zwischen zehn und 20 Jahre alt. Im Jahr 2020 könnten wir ohne zusätzliche Neufahrzeuge nur noch ca. die Hälfte der 16.400 Kolleginnen und Kollegen in den Einsatz bringen, weil nicht ausreichend Fahrzeuge zur Verfügung stünden“, erklärte Herdes. Und weiter: „Die Anzahl der länderübergreifenden Einsätze ist für die 1. Einsatzhundertschaft in den letzten Jahren erheblich angestiegen. Gleichzeitig sind die erforderlichen Haushaltsmittel in den vergangenen fünf Jahren um 1,5 Millionen Euro gekürzt worden“, so der Polizeihauptkommissar.

Demonstrationen und Fußballspiele forderten die Einsatzhundertschaft jedes Wochenende in allen Bundesländern. Die dramatische Flüchtlingssituation und die Bedrohung durch den

Terror verschärfen die ohnehin schon angespannte Situation dramatisch. „Mehr Einsätze bedeuten zwangsläufig eine spürbar höhere Belastung der Polizeikräfte und auch ihrer Ausrüstung“, unterstreicht Herdes.

Weitere Investitionen würden für die Fahrzeuge, aber auch für eine verbesserte, leichtere Körperschutz-ausstattung dringend benötigt. Der Bund müsse weiter in die Bereitschaftspolizei investieren. Das Land sei



dann gefordert, das aufzufangen und zu beschaffen, was vom Bund nicht finanziert wird oder werden könne. Ebenfalls Freude löste die Nachricht beim Leiter der PD AFB, Jürgen Funk,



Jürgen Herdes und Jürgen Funk

Fotos (2): Gründemann

aus. Auch er hatte bei einer Jahreshauptversammlung der GdP auf Hurbertushöhe im März dieses Jahres auf die Probleme und möglichen Folgen hingewiesen, wenn sich der Bund aus der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien zurückzöge (die DP berichtete).

„Von den zusätzlichen Investitionen wird auch die Einsatzfähigkeit der PD AFB profitieren, weil sie unter anderem mehr „veraltete“ und damit störungsanfällige Halbgruppenfahrzeuge ersetzen kann. Allerdings werde es darauf ankommen, den Haushaltsansatz auch in den folgenden Jahren nach 2016 zu verstetigen und noch etwas auszubauen, weil ansonsten eine Beseitigung des bestehenden Investitionstaus nicht nachhaltig gelingen würde“, so Funk.

Thomas Gründemann

Fortsetzung von Seite 2

sen habe. So habe die Belastungskonferenz noch einmal bewiesen, dass sich in einer 41-Stunden-Woche kein gesunder Schichtrhythmus gestalten lasse. Daraus sind die Forderungen entstanden, Belastungen nicht nur monetär zu kompensieren. Als Folge der Ergebnisse der Belastungskonfe-

renz war auf Weisung von Innenminister Stefan Studt vom Landespolizeidirektor Ralf Höhs die „Arbeitsgruppe Kompensation“ eingerichtet worden.

Die wahrscheinlichen Ergebnisse der Arbeitsgruppe bestätigen die Analysen und Forderungen der GdP nach einer vorzeitigen Ruhestandsmöglichkeit und Reduzierung der Wochenar-

beitszeit im Wechselschichtdienst. „Die bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe sind eine sehr gute Vorlage an die Landesregierung. Diese kann nun beweisen, dass sie Polizisten nicht fordert und überfordert, sondern auch gesundheitsschonend entlastet! Zu Beginn dieses Jahres soll die AG beendet sein und ein Endergebnis vorgelegt werden wird.“



Frauke Kröger folgt Fabian Förster

Klausurtagung des Geschäftsführenden Landesjugendvorstandes in Berlin

Berlin/Kiel – Drei Tage hielt der Geschäftsführende Landesjugendvorstand im November seine Klausurtagung ab. Dafür ging es mit insgesamt neun Teilnehmern nach Berlin. Begleitet wurde die Delegation von Landesgeschäftsführer Karl-Hermann Rehr. Nachdem das Gepäck im Hotel deponiert worden war, ging es ohne Pause direkt in den Bundestag, wo die Delegation vom schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten Sönke Rix (SPD, Wahlkreis Eckernförde) empfangen wurde. Nachdem dem interessierten Sozialdemokraten die aktuelle Arbeitsbelastung der Landespolizei geschildert worden war, wurde über verschiedene Themen diskutiert. Inhalte der Diskussion waren unter anderem die Flüchtlingskrise, die Nachwuchsgewinnung sowie die Förderung und Qualifizierung von Polizeibeschäftigten, polizeiliche Begleitung von Schwertransporten und die misslungene Föderalismusreform. In den folgenden Tagen setzte sich der Geschäfts-

führende Landesjugendvorstand intensiv mit dem Thema Nachwuchsgewinnung auseinander und erarbeitete ein Positionspapier. Bei einem Besuch der Bundesgeschäftsstelle tauschten sich die Jungfunktionäre mit der Bundesgeschäftsführerin aus und erhielten einen Einblick in die bundesweite Kampagne www.wir-brauchen-verstaerkung.info. Auch personelle Veränderungen standen an. Nach dem Rücktritt des stellvertretenden Landesvorsitzenden Fabian Förster im Sommer 2015 übernahm Frauke Kröger dessen Amt. Sie bekleidete zuvor das Amt der KassiererIn. Diese Funktion wurde von Tewes Kröger übernommen. Und um drei Beisitzer wurde der Ge-



Sie waren für die JUNGE GRUPPE in Berlin (hintere Reihe v. lks.): Björn Guske, Tim Porth, Frauke Kröger, Katharina Masanek, Greta Jung, Ann-Kristin Wölk. (V. v. l.): Jan Schmidt, Julian Mademann und Tewes Kröger.

schäftsführende Landesjugendvorstand erweitert: Greta Jung, Björn Gustke und Tim Port wurden einstimmig aufgenommen.

Jan Schmidt

DIENSTRECHT

Flüchtlingssituation bringt neue dienstrechtliche Regeln

KIEL. Die Flüchtlingssituation in Schleswig-Holstein stellt insbesondere die Verwaltung vor neue Herausforderungen. Darauf musste die Landesregierung reagieren. Sie hat in einem Schnellverfahren das „Gesetz zur Förderung der personalwirtschaftlichen Bewältigung besonderer Bedarfslagen“ vorgelegt. Die Beteiligung lief ebenfalls per Express, um dem Gesetz zu schneller Wirksamkeit zu verhelfen.

Allein durch Neueinstellungen, die zum Teil mit langjähriger Ausbildung verbunden sind, lässt sich der Gesamtkomplex einer ordnungsgemäßen Verwaltung nicht bewältigen. Die Polizei ist, weil sie Teilaufgaben des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten übernommen hat, gefordert. Dass dies neben ihren originären Aufgaben geschieht, muss an dieser Stelle nicht länger dargestellt werden.

Über den DGB wurde grundsätzlich Zustimmung zu dem Gesetzentwurf signalisiert, aber die Regelungen sollten maximal bis 31. 12. 2018 befristet werden. Der Entwurf beinhaltet im Wesentlichen drei Elemente:

- Freiwilliges Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand.
- Die entsprechenden dienstrechtlichen Folgen wie Entlohnung und Anrechnung auf die bisherigen Bezüge.
- Fragen der Arbeitszeit, sowohl der Regelarbeitszeit als auch für anfallende Mehrarbeitszeiten.

Der DGB macht in seiner Stellungnahme darauf aufmerksam, dass es wohl im Moment keine Alternativen gibt. In ihrer Stellungnahme geht die Spitzenorganisation allerdings auch auf die damit im Zusammenhang stehenden Probleme ein:

- Der beschlossene Stellenabbau ist damit nicht vom Tisch.
- Es fehlt ein Gesamtkonzept.
- Unattraktive Folgen wie zum Beispiel, dass attraktive Spitzenpositio-

nen länger besetzt bleiben.

In der ersten Lesung machte Ines Strehlau von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf aufmerksam, dass schnell gehandelt werden muss und eine Freiwilligkeit vorliegt.

Axel Bernstein, CDU: „Wer gerade Polizisten zu längerem Arbeiten motivieren wolle, der müsse ohnehin mehr tun: Die immer noch drohenden Stellenstreichungen müssen vom Tisch. Der unnötige Polizeibeauftragte als Ausdruck des Misstrauens muss zurück in die grüne Mottekiste!“

Zur Erläuterung des Entwurfs

Zuschlag beim Hinausschieben in den Ruhestand: Er beträgt bei Beschäftigung mit der regelmäßigen Arbeitszeit 15 % des Grundgehaltes. Mit der Verlängerung der regulären Dienstzeit werden weitere ruhegehaltfähige Zeiten erworben und können den Ruhegehaltsatz steigern, sofern die Höchstversorgung noch nicht erreicht ist.



WASSERSCHUTZPOLIZEI**Neuer Landesfachausschuss gebildet**

KIEL. Mit Datum vom 1. Oktober 2015 wurde die neue Struktur der Wasserschutzpolizei wirksam. Dass der Stellenabbau und die daraus entstehenden Folgen auf erhebliche Kritik der GdP gestoßen sind, wurde durch die GdP an unterschiedlichen Stellen deutlich gemacht.

Während einer Vollversammlung aller WSP-Angehörigen am 12. November 2015 in Westerröfeld legten der Stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Kropius und Landesgeschäftsführer Karl-Hermann Rehr noch einmal die verschiedenen Aktivitäten und Schritte des Widerstandes der GdP und der Beschäftigten dar. Kropius erinnerte insbesondere an die immensen Gespräche mit den Landtagsabgeordneten und die Pressearbeit.

Rehr legte in seinem Beitrag die Entwicklung der Wasserschutzpolizei seit 1898 dar, wie sie in ihrer Weiterentwicklung von einer städtischen Hafenspolizei zu einer Schifffahrtspolizei gekommen sei. Zählte man in den 2000er-Jahren noch etwa 280 Mitarbeiter, so seien es heute noch knapp 200. Die Aufgaben seien geblieben: Gefahrenabwehr, Kriminalitätsbekämpfung und Schifffahrt bezogene Aufgaben, dazu der maritime Um-

weltschutz. Die Wasserschutzpolizei besitze nach wie vor eine unvergleichliche Position im Polizeifüge. Die Negativseite sei, dass man wenig Koalitionspartner, Anwälte, Verbündete oder Freunde besitze. Dies habe letztlich auch zu dem politisch verantworteten Stellenabbau geführt.

Man müsse sich jetzt mit den Folgen dieser Veränderung auseinander setzen. Das betreffe unter anderem auch die gewerkschaftliche Struktur. Es war die Frage zu klären, ob der bisherige Landesfachausschuss Wasserschutzpolizei künftig Sinn mache, umorganisiert werden müsse oder ganz anders strukturiert werden sollte.

Darüber hat am 29. September 2015 auch der GdP-Landesvorstand diskutiert und den Beschluss gefasst, mit allen aktiven GdP-Mitgliedern der Wasserschutzpolizei darüber zu sprechen und Strukturen zu erarbeiten. Generell gelte, dass die gewerkschaftliche Struktur



Der neu gebildete Fachausschuss Wasserschutzpolizei (v. l.): Torsten Riegler, Norbert Becker, Jan Schmellekamp, Bernd Möller, Stefanie Siegner, Marco Wemhoff-Marks und Roland Liedtke sowie der Stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Kropius.

der dienstlichen Struktur folgt. Es folgte unter den Teilnehmern eine lebhaft Diskussions, die insbesondere nach vorne gerichtet war. Es folgte die Neuwahl eines Landesfachausschusses. Dieser wählte dann aus seiner Mitte vor Ort noch seinen Vorsitzenden.

Dem Fachausschuss gehören an: Norbert Becker, Roland Liedtke, Bernd Möller, Marco Wemhoff-Marks, Torsten Riegler, Jan Schmellekamp und Stefanie Siegner. Vorsitzender wurde Bernd Möller, Stellvertretende Vorsitzende Marco Wemhoff-Marks und Roland Liedtke, Stefanie Siegner ist Schriftführerin.

PERSONALRATSSEMINARE

Breklum – Im Mai vergangenen Jahres wurden in der Landespolizei sowohl der Hauptpersonalrat als auch die örtlichen Personalräte gewählt. Die Folge: Unzählige neue Kolleginnen und Kollegen rückten neu in diese Gremien ein. Sie gehörten zu der Zielgruppe für drei Personalratsseminare, die von der GdP für das Innenministerium organisiert wurden. Und mit Uli Kropp (Foto) konnte auch wieder ein erfahrener Seminarleiter gefunden werden. Fast 70 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der Landespolizei besuchten die jeweils zweitägigen Seminare in der Bildungseinrichtung „Christian Jensen Kolleg“ in Breklum, um sich im Mitbestimmungsgesetz zurechtzufinden und als Personalratsmitglieder für die Alltagsarbeit gerüstet zu sein. In lebendiger Art und Weise vermittelte Uli Kropp die vielfältigen rechtlichen Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes. Wie bereits bei früheren Semi-

naren gelang es Kropp erneut, anhand der einzelnen Bestimmungen und mit Schilderungen von Erlebtem aus seiner Personalratszeit den Stoff praxisnah näherzubringen. Auch hielt er den Seminarteilnehmern die Rechte und Pflichten aus dem Gesetz, die Belastun-



gen und genauso die Schutzregelungen für aktuelle und ausgeschiedene Personalratsmitglieder vor Augen.

Gleichzeitig vermittelte Uli Kropp die Möglichkeiten genauso wie die Grenzen der Mitbestimmung sowie die Licht- und Schattenseiten im Wirken als Personalratsmitglied. Thematisch vermittelte Kropp Grundsätze der vertrauensvollen Zusammenarbeit – Dienststelle, Personalrat und Gewerkschaften, Aufgaben und Betätigungsfelder für Vorstände, Organisation der Personalratsarbeit und Sitzungen, Beteiligungsformen und Verfahrensvorschriften zum Einigungsverfahren. Aber auch genügend Raum für Diskussionen blieb den Seminarteilnehmern. In den durchweg lobenden Rückmeldungen bestätigten die Teilnehmer sämtlicher Seminare, von Uli Kropp das notwendige Rüstzeug für ihre künftige Personalratsarbeit erhalten zu haben.



Grünen-Lob für die Polizei

Bundestagsabgeordnete Luise Amtsberg warnt vor Desillusionierung junger Polizisten

KIEL. Für die Landes-GdP besuchte der Stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Kropius das parlamentarische Frühstücksgespräch des DGB-KERN im Gewerkschaftshaus in Kiel. Zu Gast war auch die Bundestagsabgeordnete Luise Amtsberg (Foto) von Bündnis 90/Die Grünen.

Die 31-jährige junge Mutter berichtete von ihrer parlamentarischen Arbeit in Berlin und kam sehr schnell auf die aktuellen Herausforderungen in Sachen Flüchtlingen. Die Gewerkschafter aus allen DGB-Mitgliedsorganisationen stellten ihre Fragen und formulierten Erwartungen an die Politik in Berlin. Die Gesellschaft dürfe sich nicht spalten, warnten die Gewerkschafter. Es sei bei allem Blick auf die Flüchtlinge wichtig, in der Sozial-, Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik die Schwachen unserer Gesellschaft nicht zu vergessen. Nur wenn alle im Blick blieben, könne eine Integration gelingen.

Andreas Kropius wies insbesondere auf die Herausforderungen für die Polizei hin. Neben den zusätzlichen Aufgaben in und um die Erstaufnahmeeinrichtungen und Landesunterkünfte werde auch das Thema Rückführung und Abschiebung die Kolleginnen und Kollegen in der Landespolizei belasten. So erforderlich er auch sein mag, erwarte er, dass dieser Prozess ebenfalls menschenwürdig gestaltet werde. „Es darf nicht in der Art und Weise geschehen wie in den 90er-Jahren. Viele Kollegen hat die damalige Abschiebep Praxis emotional sehr stark belastet“, rief Kropius in Erinnerung.

Luise Amtsberg lobte die Arbeit der Polizei von Bund und Ländern ausdrücklich, was von einer Grünen-Politikerin ja nicht oft zu hören ist. Sie zeigte sich besorgt, dass eine Überforderung der Polizei schnell zu einer Desillusionierung von jungen Polizistinnen und Polizisten führen



könne. Dies müsse verhindert werden. Und Kropius appellierte: „Um all diese Herausforderungen als Staat bewältigen zu können, ist es erforderlich, auf allen Ebenen, Bund, Land, Kreis und Kommunen von befristeten Arbeitsverhältnissen und KW-Vermerken Abschied zu nehmen und mit unbefristeten neuen Arbeitsverhältnissen und Planstellen den öffentlichen Dienst für die Mammutaufgabe auszustatten“, sagte der Stellvertretende GdP-Landesvorsitzende.

REGIONALGRUPPENTERMINE

Einladung!

Lübeck-Ostholstein

GdP-Senioren treffen sich jeden **ersten Montag im Monat um 15 Uhr** im DGB-Haus Lübeck, Holstentorplatz 1-5, 2. Etage.

Schleswig-Holstein Mitte

Skat-, Kniffel- und Doppelkopfabend der GdP am Freitag, 23. Januar 2016, 18.30 Uhr, Friesenstuben Haus Hog'n Dor, Klaus-Groth-Straße 37, 24534 Neumünster. Das Startgeld beträgt 8 Euro. Wie immer winken tolle Fleischpreise! In der Pause wird ein kleiner Imbiss gereicht.

Gäste sind ausdrücklich herzlich willkommen!

Anmeldungen sind möglich bei Carsten Gross 04321-945.2005, „Egon“ Bahr 04321- 945.2004, Frau Grützmann, Tel.: 04321-22516.

**Segeberg Pinneberg
Jahreshauptversammlung am
Mittwoch, den 10. Februar 2016, ab
13 Uhr bis 18 Uhr**

Feuerwache Quickborn, Marktstraße 9, 25451 Quickborn

Wir werden über eine Satzungsänderung sprechen, den Vorstand neu Wählen und einen öffentlichen Teil haben: „Flüchtlinge und Terrorabwehr - Zerreißprobe für die Polizei!?!“

Gäste :

- Stefan S T U D T , Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten
- Axel B e r n s t e i n , CDU-Landtagsfraktion - Innenpolitischer Sprecher
- Manfred Börner, Landesvorsitzender GdP Schleswig-Holstein



Mit PSW-Reisen: Ostsee-Minitrip Göteborg

„Kurz mal ausspannen...“
vom 23. bis 25. März 2016
Kurzurlaub mit maritimen Flair

Alt und Neu verschmelzen in kaum einer Stadt auf so charmante Weise wie in Göteborg. Die zweitgrößte Stadt Schwedens weiß mit Geschichte und Sehenswürdigkeiten ebenso zu punkten wie mit zukunftsgerichtetem Flair und Modernität. So ist es von der beeindruckenden Architektur der Oper nur ein Katzensprung zu schicken Boutiquen oder zur Kronenschanze aus dem 17. Jahrhundert. Auf den Spuren des Stadtvaters König Gustav II. Adolf begegnen dem interessierten Auge und auch dem Gaumen landestypische wie internationale Einflüsse. Welt offen, ohne die eigene Identität zu verlieren – diesen Spagat beherrscht Göteborg mit einem herzlichen Lächeln.

Leistungen:

- Seereise Kiel - Göteborg - Kiel
- 2 x Übernachtung Zwei-Bett-Kabine mit DU/WC innen
- 2 x Frühstücksbüfett an Bord
- 1 x skandinavisches Abendbüfett inkl. Bier, Wein, Softdrinks, Kaffee

Reiseverlauf:

1. Tag: Anreise nach Kiel mit PKW oder mit Bahn – der Hauptbahnhof liegt nicht mal 400 m vom Schwedenkai entfernt. An Bord beziehen Sie Ihre gebuchte Kabine und haben Gelegenheit das Ablegen des Schiffes um 18.45 Uhr zu beobachten. Dann Abendessen im Restaurant: Ein umfangreiches Warm-Kalt-Büfett mit skandinavischen Delikatessen erwartet Sie. Die Getränke sind inklusive! Genießen Sie Ihren ersten Abend an Bord. **2. Tag:** Aufwachen auf See! Zum Frühstücksbüfett erleben Sie den Ausblick auf die faszinierende Schärenwelt der schwedischen Westküste. Um 9.15 Uhr Ankunft in Göteborg. Es folgt das Ausschiffen. Ein 9 1/2-stündiger Tageaufenthalt lädt dazu ein, Stadt und Umgebung zu erkunden. Für Ihr Fortkommen sorgt eine 24-Stunden-Netzkarte für Straßenbahn, Linienboot und Bus. Das Schiff nach Kiel verlässt Schweden um 18.45 Uhr. Sie erwartet wieder ein kurzweiliger Abend an Bord. Für das Abendessen können Sie entweder ein weiteres Büfett fakultativ buchen oder das á-la-Carte-Restaurant oder das das Bistro besuchen. Ein Bummel durch die Bordshops? Ausklingen des Tages vielleicht bei einem Drink an der Bar? **3. Tag:** Am nächsten Morgen erreichen Sie beim Frühstücksbüfett mit einer spektakulären Einfahrt die Kieler Förde. Ankunft um 09.15 Uhr. Vielleicht bleibt noch Zeit für einen Bummel über das Oberdeck.

Und das alles zu einem PSW-Spezial-Preis von**89 €** p. P.

(Meerblickkabine: + 31 € mit untenstehenden Betten; Innenkabine mit untenstehenden Betten + 7 €). Weitere Kabine auf Anfrage.

Zusätzlich:

Skandinavisches Büfett am zweiten Tag: **35 €** p.P. inkl. Bier, Tischwein, Softdrinks, Kaffee

Sonstiges:

Mobil in Göteborg: **Tagesticket** für öffentliche Verkehrsmittel Göteborg

9 € p.P.

(Irrtum und Zwischenverkauf vorbehalten.)

Veranstalter: Stena Line, Kiel

PSW-Reisen

- Das Reisebüro der GdP -

PSW-Reisen

Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
 Telefon 0431-17093 / Telefax 0431-1221020
 eMail: psw-reisen.kiel@t-online.de

Hans-Böckler-Str. 2, 23560 Lübeck
 Telefon 0451-5021736 / Telefax 0451-5021758
 eMail: psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Und was sonst noch so war ...

5. November

Weihnachtszeit ist Zeit für Geschenke. Immer wieder kommen Bürger auf die Wachen, um „ihren“ Polizisten eine Freude zu machen und Danke zu sagen. Doch Vorsicht bei der Annahme von Geschenken! In Schleswig-Holstein gibt es einen Erlass, der die Annahme von Belohnungen, Geschenken oder sonstigen Vorteilen (Stand: 28. November 2012) regelt: „Die Annahme von nach allgemeiner Auffassung nicht zu beanstandenden geringwertigen Aufmerksamkeiten gilt als genehmigt. Die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre haben in ihrer Sitzung am 30. Januar 2006 eine Bagatellgrenze von 10 € festgelegt.“

12. November

Am Nachmittag sitzt der Landeskontrollausschuss bei uns in der Geschäftsstelle zu seiner regulären Sitzung. Ein



Thomas Handschuck Foto: Gründemann

strittiger Rechtsschutzfall sowie die neu zu bildende Schiedskommission der GdP stehen im Mittelpunkt der Beratungen. Daneben lässt sich das Kontrollgremium über den Bearbeitungsstand der beschlossenen Delegiertentagsanträge unterrichten, prüft, ob die Kassenprüfungen satzungsgemäß stattgefunden haben, und nimmt deren Ergebnisse zur Kenntnis. Frank Lassen, langjähriger Vorsitzender des Kontrollausschusses, hatte zuvor seinen Rückzug von diesem Posten angekündigt, wollte aber Mitglied im Kontrollgremium bleiben. Zu seinem

Nachfolger wurde Thomas Handschuck (54) aus der Regionalgruppe AFB gewählt.

25. November

„So viele Einbrüche wie noch nie“ titelt heute der sh:z und listet beispielhaft auf, dass allein in der Woche vom 16. bis 22. November 307 Wohnungen in Schleswig-Holstein geknackt wur-

gehörigen der Jungen Gruppe Schleswig-Holstein steht diese Broschüre kostenfrei zur Verfügung. Bestellungen bitte an: gdp-schleswig-holstein@gdp.de

27. November

„Giga bleibt Gaga“, so der verkehrspolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Andreas Tietze, zur Überle-



den. In der Vorwoche wurden 287 Einbrüche registriert. Üblicherweise liegen die Zahlen bei 150 Taten pro Woche, was auch schon sehr hoch ist. Im Nachbarland Hamburg arbeitet wegen der dort ebenfalls hohen Einbruchszahlen eine Soko „Castle“. Allein in dieser Sonderkommission sind 90 Ermittler angesiedelt. Offensichtlich arbeiten die Nachbarn erfolgreich. GdP-Landeschef Manfred Börner gegenüber der Zeitung: „Die Profis weichen zu uns aus, weil das Entdeckungsrisiko wegen des Personalmangels geringer ist.“

26. November

Rechtzeitig zum neuen Steuerjahr gibt die Junge Gruppe ihre erfolgreiche Broschüre „Der Steuerhelfer“ heraus. Kevin Komolka, Bundesjugendvorsitzender: „Die Besonderheiten des Polizeiberufes machen sich nicht nur im beruflichen Alltag bemerkbar. Viele steuerrechtliche Regelungen lassen das Ausfüllen der Steuererklärung nicht selten zu einer lästigen Angelegenheit werden.“ Der Steuerhelfer liefert nicht nur viele Antworten auf steuerrechtliche Fragen, sondern hilft, die den Polizeibeschäftigten zustehenden steuerlichen Vorteile voll auszuschöpfen. An-

gung von Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) nach den Versuchen, die Lang-Lkw auch in Schleswig-Holstein zuzulassen. Tietze: „Der Einsatz von Giga-Linern ist im Koalitionsvertrag geregelt: Für uns nicht akzeptabel.“

